



Presseschau vom 30.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Europäische Union hat die Sanktionen gegen den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschewitsch und weitere 170 Bürger des Landes bis Ende Februar 2016 ausgesetzt. Ein diesbezüglicher Beschluss des EU-Rates ist am Freitag im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden.

Wie Frankreichs Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Harlem Desir, am Donnerstag mitteilte, setzt die Europäische Union die gegen Weißrussland verhängten Sanktionen für vier Monate aus. Die EU sei jedoch bereit, die einschränkenden Maßnahmen bei Bedarf jederzeit wieder geltend zu machen, so Desir.

Die Europäische Union, die Weißrussland Menschenrechtsverletzungen vorwirft, hatte im Jahr 2012 die im Dezember 2010 eingeleiteten Sanktionen gegen das Land erweitert und unter anderem ein Einreiseverbot für weißrussische ranghohe Beamte erlassen und gefordert, alle "politischen Gefangenen" freizulassen. Der EU-Rat verlängerte die Sanktionen bis zum 31. Oktober 2015.

In Weißrussland sind in den letzten Jahren fast alle festgehaltenen Oppositionellen freigelassen worden. Lukaschenko fasste im August 2015 den Beschluss über die Begnadigung des ehemaligen Präsidentenkandidaten Nikolai Statkewitsch und von weiteren fünf Verurteilten, die von europäischen Beamten als politische Gefangene betrachtet wurden.

Dan-news.info: Die Nacht in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR verlief ruhig, die Behörden haben keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Armee festgestellt.

„Alle ist ruhig, keine Vorkommnisse“, unterstrich der Leiter des Petrowskij-Bezirk von Donezk Maxim Shukowskij. Über die Einhaltung des „Regimes der Feueinstellung“ berichteten auch die Leiter der Bezirke Kujbyschewskij und Kirowskij der Hauptstadt.

Eine ruhige Lage in den Ortschaften entlang der Kontaktlinie stellten auch die Leiter und Vertreter der Verwaltungen von Gorlowka und Makejewka, der Bezirke Nowoasowsk und Telmanowo fest. „Alles ist ruhig“, teilte die Bezirksverwaltung von Telmanowo mit.

Trotz des vereinbarten Waffenstillstands zwischen Kiew und der DVR stellt das Verteidigungsministerium der Republik regelmäßig Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ und Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte fest. Am 28./29. Oktober beschossen die ukrainischen Truppen 12 Mal das Territorium des Staates. Das Feuer wurde mit Granatwerfern auf den Donezker Flughafen und nicht weit davon gelegene Spartak eröffnet.

In der vergangenen Nacht waren Kampfgeräusche in Jasinowataja zu hören, Zerstörungen in Wohngebieten wurden nicht festgestellt. „Alles ist ruhig, alles ist gut. Irgendwo war etwas zu hören, aber nichts Schweres“, sagte der Leiter des Jasinowataja-Bezirks Jurij Janenko.

De.sputniknews.com: Medwedew: EU-Kommission will russisch-serbische Freihandelszone untergraben

Die Europäische Kommission fordert Serbien auf, das seit 15 Jahren geltende Freihandelsabkommen mit der Russischen Föderation aufzukündigen, sagte der russische Regierungschef Dmitri Medwedew am Freitag.

„Über die Unmöglichkeit, zur selben Zeit an zwei Freihandelszonen teilzunehmen haben wir auch mit dem serbischen Premier Aleksandar Vucic gesprochen. Bei uns gilt zurzeit ein Freihandelsabkommen, das von den Regierungen Russlands und Jugoslawiens (am 28. 08. 2000) geschlossen worden war“, sagte Medwedew bei einer Sitzung der GUS-Regierungschefs.

„Jetzt, wo Serbien sich auf den EU-Beitritt vorbereitet, fordert die EU-Kommission, auf diese Vereinbarung zu verzichten. Also ist unsere Besorgnis vollkommen berechtigt“, betonte der Regierungschef.

Zuvor hatten der serbische Premierminister Aleksandar Vucic und sein russischer Amtskollege Dmitri Medwedew in Moskau eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet, die die Zusammenarbeit der beiden Länder im wirtschaftlichen und militärischen Bereich stärken sollen. Vucic betonte dabei, dass Serbien seine aufrichtige und freundschaftliche Einstellung zur Russischen Föderation gezeigt und bewiesen habe und eines der wenigen europäischen Länder sei, das ungeachtet der zahlreichen Forderungen weltweit keine Sanktionen gegen Russland verhängt hat.

Am Vorabend äußerte Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Gespräch mit Vucic, dass der Umsatz im Warenverkehr zwischen Russland und Serbien besonders im Agrarbereich unerwartet hoch ausgefallen sei, und das trotz der schwierigen Lage auf dem Weltmarkt.

„Ungeachtet aller Schwierigkeiten, denen die Weltwirtschaft ausgesetzt ist – bei uns läuft ja auch nicht alles ganz glatt – wächst der Warenverkehr mit Serbien, und er wächst ganz unerwartet. Die Lieferung von Agrarprodukten auf den russischen Markt stieg mit einem Mal um ganze 40 Prozent, das ist ein guter Wert!“, sagte der russische Staatschef.

Ukrinform.ua: Die nach der Revolution der Würde gebildete Regierung der Ukraine bekämpft nicht genügend stark die Korruption.

Das erklärte am Freitag in Kiew der US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt während der Konferenz des Business-Rates USA-Ukraine und der Kiewer Wirtschaftsschule für die Reform des Rechtssystems und Verwaltungssystems, berichtet ein Ukrinform-

Korrespondent.

„Die Regierung muss alle korrupten Beamten und Oligarchen, unabhängig von der politischen Partei oder dem persönlichen Wunsch, verurteilen. Das ist der kritische Indikator ihrer Pflicht zum Prinzip des Oberhoheitsrechts. Die ukrainische postrevolutionäre Regierung entspricht immer noch nicht genug diesem Indikator“, sagte er.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Verschwörungsverdacht: Tiflis bittet Kiew um Kooperation im Fall Saakaschwili

Der georgische Sicherheitsdienst hat Kiew um Zusammenarbeit bei den Ermittlungen gegen den georgischen Ex-Präsidenten und heutigen Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, ersucht. Zuvor hatten ukrainische Medien ein Telefonat Saakaschwilis mit dem Chef der georgischen TV-Anstalt Rustavi-2 über eine mögliche Revolution im Land veröffentlicht.

Die Tonaufzeichnung des Gesprächs zwischen Saakaschwili und dem Rustavi-2-Chef Gwaramija sowie mit Georgi Bokerija, einer Führungsperson der „Einheitlichen nationalen Bewegung“, war von einer ukrainischen Webseite veröffentlicht worden. Saakaschwili riet seinem Gesprächspartner, zum Schutz der Fernsehgesellschaft Barrikaden zu errichten und Zelte aufzustellen, was in einer Revolution gipfeln sollte. Gwaramija bestätigte später die Authentizität der Aufzeichnung.

Laut dem Vize-Chef des georgischen Sicherheitsdienstes, Lewan Isorija, wurde am vergangenen Samstag ein Untersuchungsverfahren wegen versuchten Umsturzes eingeleitet.

Das Tifliser Stadtgericht hatte am 1. Oktober das Vermögen der Fernsehgesellschaft Sakartvelo beschlagnahmt, die 51 Prozent der Anteile an Rustavi-2 hält.

Wie es in der Fernsehgesellschaft hieß, ist das Verfahren von der regierenden Koalition „Georgischer Traum“ initiiert worden, die bemüht sei, „die Fernsehgesellschaft bis zu den Parlamentswahlen 2016 zu schließen“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30530/70/305307026.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen unternehmen Provokationsversuche, um schwache Punkte in der Verteidigung der LVR aufzudecken.

„Die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich nicht wesentlich verändert und kann als ruhig bezeichnet werden. Aber dennoch wurden wir in der letzten Woche Zeuge von Provokationen von der ukrainischen Seite, darunter ein Versuch von Diversions- und Erkundungsgruppen, auf unser Territorium im Bereich von Kalinowka einzudringen“, teilte Jaschtschenko mit.

„Ich will gleich beruhigen – dies sind nur Versuche der ukrainischen Streitkräfte, schwache Seiten und Breschen in unserer Verteidigung zu sondieren“, fügte der Oberst hinzu.

Dabei erklärte er, dass mit Eintritt des Waffenstillstands und der Errichtung eines „Regimes der Ruhe“ die Verteidigung der Republik modernisiert wird und „auf einen höheren und qualitativ besseren Organisationsstand“ übergeht.

„Derzeit befinden sich in den Gefängnissen der ukrainischen Streitkräfte mehr als tausend Menschen, während wir die Formel „alle gegen alle“ beachten und alle Gefangenen herausgeben“, erklärte Jaschtschenko

Er sagte, dass obwohl die LVR im Frühjahr 2015 mehr als 100 Kriegsgefangene gegen 16 Menschen ausgetauscht hat, die ukrainische Seite jetzt „um jeden Menschen handelt“.

„Dennoch kümmern wir, unsere Vertreter bei den Verhandlungen“ uns darum und versuchen alle Gefangenen aus der Gefangenschaft zu befreien, die bei ihnen sind“, erklärte der Oberst.

Die Volksmiliz der LVR hat nichts mit dem Brand in dem Munitionslager in der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Swatowo zu tun.

„Wir führen keinerlei aggressiven Handlungen durch, wir beachten die Bedingungen des Waffenstillstands, das „Regime der Ruhe“, wir sprengen keine Molkereien und Munitionslager in Swatowo“, unterstrich Jaschtschenko

Er kommentierte auch die Erklärung des Oberhaupts der sogenannten „militärisch-zivilen Verwaltung des Lugansker Oblast“ Georgij Tuk, dass der Brand in Folge von zwei Raketenschüssen auftrat.

„Dort gibt es die Erklärung, dass eine Diversionsgruppe auf dem Territorium des Gegners in einer Tiefe von 100km aufgetaucht ist, auch noch mit Raketengeschützen, das ist mindestens absurd. Ich weiß, dass Herr Tuka eine Zivilist ist, deshalb kann er das wohl nicht wissen“, sagte Jaschtschenko.

Der Brand in dem Munitionslager in Swatowo begann gegen 19:30 (20:30 LVR-Zeit) am 29. Oktober. In dem Lager befanden sich etwa 3500 Tonnen Munition für Mehrfachraketenwerfer „Grad“, „Smertsch“ und „Uragan“. Nach vorläufigen Informationen erfolgte der Brand aufgrund des Treffers von zwei Signalraketen. Der Brandort umfasst mindestens 9000 Quadratmeter. Wie der Staatliche Notfalldienst der Ukraine erklärte, beträgt der Radius der Geschosssplitter 3 km.

Wie auf der Seite des Staatlichen Notfalldienstes der Ukraine mitgeteilt wird, starben zwei Menschen bei dem Vorfall, vier wurden verletzt. Etwa 5000 Menschen verließen Swatowo selbständig, die Patienten eines Krankenhauses, Bewohner eines Altenheims und Kinder eines Kinderheims wurden evakuiert.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine charakterisierte die Ereignisse in Swatowo als terroristischen Akt.

Die gefangenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die gestern der ukrainischen Seite im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen der LVR, der DVR und Kiew nach der Formel „9 gegen 11“ übergeben wurden, haben über eine gute Behandlung gegenüber ihnen während ihrer Gefangenschaft bei der Volksmiliz der LVR berichtet.

„Alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte berichten über eine gute Behandlung von unserer Seite während der gesamten Zeit der Gefangenschaft“, unterstrich Jaschtschenko.

Nach seinen Worten erhielten die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Lebensmittel und eine qualitative medizinische Behandlung, „auf der gleichen Ebene wie die Soldaten der

LVR“. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, sich mit ihren Verwandten in Verbindung zu setzen.

„Wir verstehen sehr gut, dass die Menschen Opfer der ukrainischen Repression sind und als sie mit der Waffe auf unser Land kamen, waren sie sich nicht besonders darüber im Klaren, was sie tun“, sagte er.

„Ich will sagen, dass von der ukrainischen Seite uns nicht nur Kriegsgefangene übergeben wurden, sondern auch politische Gefangene. Das heißt Menschen, die Repressionen aufgrund ihrer Nichtübereinstimmung mit den Handlungen der offiziellen ukrainischen Regierung in Beziehung auf unsere Republiken ausgesetzt sind“, sagte er.

„Das heißt die ukrainische Seite übergibt uns ihre Bürger, die sie nicht auf ihrem Territorium sehen will, genau wegen dieser genannten Aktivitäten, wegen der Nichtübereinstimmung mit den Handlungen der Regierung der Ukraine“, unterstrich Jaschtschenko.

Ukrinform.ua: Das Ministerkabinett hat die Verordnung über die Entlassung von rund 4,5 Tausend Mitarbeitern der Organe der Pensionskasse verabschiedet.

Das verkündete auf einer Pressekonferenz am Freitag der Chef des Fonds, Oleksij Sarudnyj, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Er teilte auch mit, in der nächsten Zeit sei es geplant, 160 Stellen und Stadtverwaltungen des Pensionsfonds abzubauen.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat fast 65 Mio. Rubel für die Reparatur der Straße von Donezk nach Uspenka, die von republikweiter Bedeutung ist, bereit gestellt. Dies teilte heute der Transportminister Semen Kusmenko mit.

„Im Verlauf der Arbeiten werden 72.000 Quadratmeter Straßenoberfläche erneuert. Dies wird keine vollständige Reparatur sein, weil wenig Zeit bleibt – es werden die Randstreifen vorbereitet, neue Markierungen angebracht, neue Verkehrsschilder aufgestellt“, sagte der Minister. „Für die Reparatur dieser Straße werden 64.940.000 Rubel ausgegeben“.

Kusmenko unterstrich, dass die Beschädigungen des Straßenbelags hauptsächlich nicht durch Kämpfe in diesem Gebiet, sondern durch die Nachlässigkeit der vorherigen Regierung hervorgerufen wurden.

„Bis zur Gründung der DVR war diese Straße zweitrangig, aber im Hinblick auf die Blockade des Landes durch die Ukraine wurde sie zu einer grundlegenden Magistrale, weil ein großer Teil der Waren der Leicht- und Lebensmittelindustrie über diese Straße läuft“, fügte der Minister hinzu.

De.sputniknews.com: Die Ex-Regierungschefin der Ukraine, Julia Timoschenko, hat ein aus dem Fuhrpark des früheren Präsidenten Viktor Janukowitsch gestohlenes Luxusauto gefahren, wie die Verkehrspolizei von Kiew mitteilt.

Es handelt sich um einen schwarzen Mercedes Benz S600 Limousine Lang.

Ukrainische "EuroMaidan"-Aktivisten veröffentlichten auf ihren Facebook-Seiten Antworten auf eine diesbezügliche Anfrage bei der Verkehrspolizei: Dieses Auto sei zur Fahndung ausgeschrieben.

Janukowitsch war im Februar 2014 bei einem Staatsstreich gestürzt worden. Das ukrainische Parlament erklärte ihn für abgesetzt, änderte die Verfassung und setzte Neuwahlen an. Die Präsidentenwahl im Mai 2014 gewann der Milliardär Petro Poroschenko. Es gab kein Amtsenthebungsverfahren gegen Janukowitsch. Der Ex-Präsident musste aus Sorge um sein Leben die Ukraine verlassen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30530/47/305304711.jpg>

Dnr-online.ru: Das Dorf Spartak, das sich in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie befindet, wird wie zuvor von den ukrainischen Truppen beschossen. Dies erzählten Einwohner einem Korrespondenten der offiziellen Seite der DVR, der den Ort besuchte.

„Es gab keinen einzigen Tag, an dem das Dorf nicht beschossen wurde. Von den ukrainischen Positionen aus wird das Feuer normalerweise nach fünf Uhr nachmittags eröffnet und der Beschuss dauert bis Mitternacht. Die Beschüsse erfolgen nicht nur mit Schusswaffen. Vor vier Tagen wurde mit irgendwelchen schweren Waffen geschossen. Es war ein Gefühl wie früher, als die Kämpfe um den Flughafen stattfanden“, erklärte eine der Vertreterinnen des örtlichen gesellschaftlichen Aktivs. Wera Iwanowna erläuterte, dass auch die Nacht vom 28. auf den 29. Oktober keine Ausnahme war. Soldaten der Abteilungen der DVR, die hier die Verteidigung aufrecht erhalten, erzählten, dass die ukrainische Seite außer Schusswaffen auch Granatwerfer verwendet haben. Der Beschuss kommt aus Richtung Opytnoje und Awdejewka, die von den ukrainischen Streitkräften okkupiert sind. Nach heute aus Spartak eingegangener Information führten gestern Abend, am Donnerstag, gegen 22.30 die ukrainischen Streitkräfte einen Beschuss mit schweren Waffen aus, dabei explodierte eines der Geschosse auf der Einfahrt in den Ort.

De.sputniknews.com: Die Aussetzung der vom Westen verhängten Sanktionen gegen Minsk ist nichts anderes als ein geopolitisches Spiel, dessen Ziel es ist, einen Keil zwischen Russland und immer mehr seiner Verbündete zu treiben, wie der Chef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates, Konstantin Kossatschjow, sagte.

Am Freitag setzte die EU die Sanktionen gegen Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko und weitere 170 Bürger der Republik bis Ende Februar 2016 aus.

Wie Frankreichs Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Harlem Desir, am Donnerstag mitgeteilt hatte, setzt die Europäische Union die gegen Weißrussland verhängten Sanktionen für vier Monate aus. Die EU sei jedoch bereit, die einschränkenden Maßnahmen bei Bedarf jederzeit wieder zu aktivieren, so Desir.

Kossatschjow zufolge haben die politischen Prozesse in Weißrussland „nie einen solch dramatischen Charakter getragen, dass sie Sanktionen verdient gehabt hätten“.

Außerdem brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, dass auch weißrussische Politiker die taktischen Überlegungen hinter der Maßnahme begreifen.

„Ich bin sicher, dass die Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland auch diese Prüfung für Weißrussland aushalten werden“, sagte er anschließend. ...

Dan-news.info: Bericht des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte für den Zeitraum vom 23. bis zum 30. Oktober.

„In der letzten Woche konnten zum Glück Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten vermieden werden.“

„Vom Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte wurden in der DVR in der Zeit vom 23. bis 30. Oktober 2015 neun Menschen als vermisst oder ungesetzlich festgenommen registriert, darunter sieben Zivilisten und zwei Soldaten der DVR“, heißt es in dem Bericht.

De.sputniknews.com: Deutschland will im kommenden Jahr nach estnischen Angaben Soldaten zu Ausbildungs- und Trainingszwecken in das Baltikum schicken.

Die Bundeswehr werde eine kompaniegroße Einheit nach Estland entsenden, teilte der Verteidigungsminister des baltischen Staates, Hannes Hanso, der Zeitung „Maaleht“ mit. Laut dem estnischen Armeechef Riho Terras werden die Deutschen im Juli in dem Land eintreffen.

Auch Großbritannien könnte im nächsten Jahr eine Einheit in Estland stationieren. Entsprechende Gespräche laufen schon. Laut Terras sollen beide Länder gemeinsam mit den USA mit Bodentruppen für die Sicherheit der drei baltischen Nato-Mitglieder Estland, Lettland und Litauen und Polens sorgen. Diese Länder bestehen vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise auf einer stärkeren Nato-Präsenz.

Russland spricht bereits von einer „beispiellosen Erhöhung der Aktivitäten der Nato“ vor seinen Grenzen. In der Ukraine-Krise hat das nordatlantische Bündnis die Bildung einer neuen schnellen Eingreiftruppe in Osteuropa beschlossen und die Luft-Patrouillen über dem Baltikum verstärkt. Zudem stationierte das Bündnis im Baltikum zusätzliche Jagdflugzeuge und schickte Schiffe in die Ostsee und ins Mittelmeer.

Darüber hinaus baut die Nato neue Militärstützpunkte und verstärkt ihre Truppen in Osteuropa. Im Mai berichtete Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei einem Treffen mit US-Präsident Barack Obama, das nordatlantische Bündnis sei jetzt so stark wie noch nie seit dem Kalten Krieg.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30310/41/303104197.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden stabilisiert. Die ukrainischen Truppen haben zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt.

„Von den Positionen der nationalistischen Bataillone, die in der Verantwortungszone der 53. einzelnen mechanisierten Brigade stationiert sind, wurde aus Richtung Opytnoje Spartak mit 82mm Granatwerfern beschossen. Ebenfalls wurde aus dem Gebiet von Marjinka mit Schusswaffen und Granatwerfern das Gebiet von Trudowskije der Stadt Donezk beschossen. Unsere Aufklärung stellt weiterhin Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite fest. So wurde im Gebiet von Mironowka, 13 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von drei Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“ festgestellt. In Mirnoje, 11 km von der Kontaktlinie, und in Samoschnoje, 2,5 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von sechs bzw. drei Artilleriegeschützen festgestellt. In Awdejewka, 5km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von drei MT-12 „Rapira“ festgestellt“, sagte Eduard Basurin.

Trotz der anhaltenden Beschüsse und der häufig sich ändernden Lage ist das Leben im Donbass in friedliche Gleise gekommen.

„Es ist das Gesetz „Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden können“ in Kraft getreten. Derzeit werden vom Landwirtschaftsministerium Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft ausgearbeitet – sowohl Ackerbau als auch Tierzucht. In der nächsten Zukunft können die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Produkten die Bevölkerung der Republik versorgen. Mit Ackerbauprodukten ist die DVR im vollen Umfang versorgt. Futtergetreide, Gerste und Sonnenblumen exportieren wir in die RF. Dank der Stabilisierung in der Republik, können praktisch alle landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Jahr einen Gewinn erwirtschaften. Ebenso entwickelt sich auch die Schwerindustrie. Beispielsweise ist die Maschinenbaufabrik in Jasinowataja auf den russischen Markt zurückgekehrt. Jetzt hat die Fabrik einen Auftrag von einem der Unternehmen des Urals für die Herstellung von Bergbaugeräten erhalten. Es stabilisiert sich die Situation auf dem Markt für Medikamente. Im März/April dieses Jahres war die Situation mit der Versorgung der Apotheken mit Medikamenten katastrophal. Heute sind die Apotheken zu etwa 70% versorgt. Je mehr der Markt gefüllt ist, desto niedriger sind die Preise. Ich will Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass, wie schwer es auch war, das friedliche Leben in einem freien Donbass sich entwickelt und weiter erblühen wird“, sagte Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: Europäische Union holt USA, NATO und OSZE für antirussische Propaganda ins Boot

Ein „Strategisches Kommunikationsteam Ost“ will in Russland und Ländern der Östlichen Partnerschaft Propaganda für „EU-Politiken und Werte“ betreiben - das ist ein Affront gegenüber Russland, so die Bundestagsabgeordneten Alexander S. Neu und Andrej Hunko. Sie nehmen damit Bezug auf eine entsprechende Auskunft des Auswärtigen Amtes auf eine gemeinsame Kleine Anfrage.

„Die Medientruppe untersteht dem Auswärtigen Dienst und damit dem militärischen Arm der EU“, stellen sie fest.

Ein als „Russland Taskforce“ bezeichnetes „Strategische Kommunikationsteam Ost“ soll „positive Narrative und Kommunikationsprodukte“ in russischer Sprache entwickeln und damit „russischen Erzählweisen“ in Osteuropa die Sicht der EU entgegenstellen. Russische Medieninhalte werden als „Desinformationsaktivitäten“ und „Fehlinformationen“ bezeichnet. Die EU will deshalb „politische Entscheidungsträger, Medienschaffende, zivilgesellschaftlich Engagierte und Jugendliche“ für eine Zusammenarbeit an der Medienfront gewinnen. Das „Strategische Kommunikationsteam Ost“ hat laut der Bundesregierung seit dem 1. September 2015 „seine volle Personalstärke erreicht“.

Dazu Alexander S. Neu:

„Die EU-Staaten bauen mit Hilfe der NATO nicht nur russischsprachige Medien in den östlichen EU-Mitgliedstaaten auf, wie dies gerade mit dem Fernsehsender ETV+ in Estland geschieht. Außerdem gibt es klare Hinweise darauf, dass auch russische freie Medien direkt finanziert werden

Das Propaganda-Programm der EU und der NATO gegen Russland wird mit dem

Aktionsplan und der Einrichtung des 'Strategischen Kommunikationsteam Ost' noch ausgeweitet. Mit 'verschiedenen Finanzinstrumenten' unterstützen die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten nichtstaatliche Medien in Russland wirtschaftlich, und das bedeutet: Sie greifen unmittelbar in die Medienlandschaft Russlands ein.

Russische Sichtweisen sollen mit Gegenpropaganda neutralisiert werden. Die zu erwartenden Kommunikationsoffensiven bergen die konkrete Gefahr, dass das Verhältnis zwischen den westlichen Staaten und Russland noch weiter abkühlt – die logische Reaktion Russlands wird sein, die Finanzierung freier Medien von außen nicht zuzulassen.“

Andrej Hunko ergänzt:

„Neben USA und NATO soll auch die bislang als Konfliktvermittlerin auftretende OSZE in die mediale Offensive eingebunden werden. Es handelt sich also um den gemeinsamen Versuch, Russland auch an der Medienfront zu destabilisieren.

Der Auswärtige Dienst will Netzwerke mit EU-Institutionen und Mitgliedstaaten aufbauen, um seine 'Kommunikationsaktivitäten besser zu koordinieren'. Mit dem 'Club von Venedig' existiert jedoch seit 30 Jahren ein solcher informeller Think Tank, an dem außer Regierungssprechern auch Lobbyvertreter und Stiftungen teilnehmen. Der 'Club' befasste sich mehrmals mit der einheitlichen EU-Kommunikation hinsichtlich der Ukraine-Krise. Nun sollen auch Medienschaffende und Angehörige der Zivilgesellschaft zu dieser Hinterzimmer-Politik eingeladen werden.

Es ist brandgefährlich, wenn Regierungen und Militärs versuchen, die Informationshoheit zu erlangen und dabei Objektivität vorgaukeln. Besonders problematisch ist, wenn das 'Strategische Kommunikationsteam Ost' wie vom Auswärtigen Amt beschrieben auch Jugendliche aufs Korn nimmt. Anstatt weiter auf mediale Bevormundung zu setzen, muss die EU ihre Politik gegenüber Russland grundlegend überdenken. Um es mit den Worten des ehemaligen EU-Kommissars Günter Verheugen zu sagen: Frieden ist nur möglich, wenn keiner den anderen dominieren will. Das gilt auch für die Medienfront, in Russland, der USA und der EU gleichermaßen.“

Dan-news.info: Die DVR wird heute einen Kämpfer eines ukrainischen nationalistischen Bataillons gegen einen Milizangehörigen austauschen, der nach Folter in einem sehr schlechten Zustand ist. Dies berichtete der Leiter der Militärpolizei der DVR Wiktor Anosow. „Wir tauschen einen Kämpfer eines Bataillons der Nationalgarde, der im Frühjahr bei Debalzewo festgenommen wurde, gegen unseren Milizangehörigen aus. Er befindet sich nach Foltern bei den ukrainischen Streitkräften in einem schlechten Zustand, er hat zahlreiche Verletzungen und eiternde Wunden“, sagte Anosow. Wie zuvor aus dem Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte berichtet wurde, soll dieser Austausch nach der Formel „1 gegen 1“ heute im Gebiet der besetzten Stadt Marjinka westlich von Donezk stattfinden.

De.sputniknews.com: Auf Sizilien stößt die Nato-Übung, „Trident Juncture 2015“, mit 30 beteiligten Staaten die größte seit dem Kalten Krieg, auf Proteste der Bevölkerung. Für den morgigen Samstag ist in der Hafenstadt Marsala eine große Demo angekündigt. Teilnehmer reisen auch aus anderen Städten wie Palermo, Catania, Messina, Gela, Niscemi und Ragusa an.

Zuvor bereits hatten Nato-Gegner in Neapel und auf Sardinien demonstriert. Massimo Zucchetti von der Bewegung „No Guerra No Nato“ sagte Sputnik-Italien: Sizilien sei ohnehin mit militärischen Basen und Aufklärungsanlagen „übersättigt“. „Wir sind eindeutig gegen ihre Stationierung in unserem Gebiet. Ich denke, 90 Prozent der Bürger Italiens sind dagegen. Uns reicht's.“

Abends:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute Abend mit einem Beschuss der Positionen der DVR beim „Volvo-Zentrum“ am nordwestlichen Rand von Donezk begonnen, dies teilte heute der Leiter der Bezirksverwaltung des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Iwan Prichodko mit.

„Die ukrainischen Truppen haben um 18:15 mit einem Beschuss begonnen. Nach vorläufigen Informationen wird mit 82mm Granatwerfern geschossen“, sagte Prichodko.

Wir fügen hinzu, dass gerade jetzt westlich von Donezk ein Austausch von Gefangenen zwischen der DVR und Kiew beginnen soll.

Dan-news.info: Vertreter der DVR haben der ukrainischen Seite einen Kämpfer eines nationalistischen Bataillons im Austausch gegen einen Milizangehörigen übergeben, der nach Folter in der Gefangenschaft in einem sehr schlechten Zustand ist, berichtet ein Korrespondent von Dan vom Ort des Geschehens.

Der Austausch zwischen der DVR und der Ukraine fand im Bereich von Marjinka westliche von Donezk statt.

Von Seiten der DVR nahm die Bevollmächtigte für Menschenrechte der Republik Darja Morosowa teil.

Dan-news.info: Der heute Abend durch einen Austausch zwischen der DVR und der Ukraine befreite Milizangehörige geriet durch Erpressung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, die seinen Sohn bedrohten, in Gefangenschaft. Dies berichtete heute eine informierte Quelle.

„Er geriet am 23. Januar 2015 in Gefangenschaft aufgrund von Erpressung der ukrainischen Streitkräfte. Sie nahmen seinen Sohn, einen Studenten, der in Mariupol (von den ukrainischen Streitkräften okkupiertes Territorium der DVR) studiert, fest und durch Drohungen gegen das Kind wurde der Vater gezwungen sich gefangen zu geben“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Der Milizangehörige befindet sich in einem schlechten Zustand, er litt unter zahlreichen Foltern in der Gefangenschaft, fügte er hinzu.

Rusvesna.su: Die stellvertretende Leiterin der ukrainischen Zentralen Wahlkommission Zhanna Usenko-Tschornaja trat in einen Hungerstreik.

"Heute haben wir eine schwierige Situation, in der die Gesellschaft, die politischen Kreise nicht die aktuelle Zusammensetzung der ZWK akzeptieren. Außerdem enthält die Rechtsprechung, die es den die Mitglieder des ZWK erlaubt, die Aufgaben weiter zu erfüllen und ihr Mandat auszuüben“, sagte Usenko-Tschornaja.

Nach ihren Worten forderten einige Abgeordnete den Rücktritt der Mitglieder der ZWK und bedrohten ihre Mitglieder auch mit körperlicher Gewalt. Die stellvertretende Leiterin erklärte, dass sie ins Krankenhaus gekommen war, nachdem Druck auf sie ausgeübt wurde, und dass sie so lange hungern werde, bis der Präsident und die Werchowna Rada eine Entscheidung über die Rotation der Mitglieder der ZWK treffen werden

"Ich kann nicht, wie ein Mitglied der CEC einfach aufhören, mein Mandat zu erfüllen. Weil ich sonst strafrechtlich verfolgt werden kann für Fahrlässigkeit im Amt. Mich von der Funktion eines Mitglied der ZWK entbinden kann nur das Parlament, das eine entsprechende

Entscheidung trifft", sagte Usenko-Tschornaja..



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/usenko-chernaya.jpg?itok=61Qt6-u1

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben begonnen die Ortschaft Shabunki im Norden von Donezk zu beschießen. Dies teilte heute der Leiter der Verwaltung des Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko mit.

„Gegen 19:20 eröffneten die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf Shabunki bei Donezk“, sagte er. Nach vorläufigen Informationen erfolgt der Beschuss unter Anwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm.

Dan-news.info: Ein ziviler Einwohner wurde in der Folge eines Granatbeschusses des Kujbyschewskij-Bezirks der Hauptstadt der DVR verletzt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Prichodko mit.

„Heute um 18:35 wurden auf der Stratonawtow-Straße im Kujbyschewskij-Bezirks ein Mann, Geburtsjahr 1967 verletzt. Es ist ein Zivilist“, sagte er.